Redaktion, Verlag und Druck
von R. Graßmann, Schulzenstraße 17.

Inserate: Die Petitzeile 1 Sgr.

Stettiner Zeitung.

Preis in Stettin vierteljährlich 1 Thlr.,
monatlich 10 Sgr.,
mit Botenlohn viertelj. 1 Thlr. 7½ Sgr
monatlich 12½ Sgr.;
für Preußen viertelj. 1 Thlr. 5 Sgr.

№ 581. Abendblatt. Donnerstag, den 13. Dezember. 1866.

Deutschland.

Berlin, 13. Dezember. Se. Maj. der König empfing gestern Vormittags den Herzog von Ratibor und mehrere Militärs, nahm alsdann Vorträge des Ober-Hof- und Hausmarschalls Grafen Pückler, des Hofmarschalls Grafen Perponcher, des Geheimen Kabinetsrathes v. Mühler, des Geheimraths Costenoble, des Militär-Kabinets, des Geheimen Hofraths Bork entgegen und arbeitete dann vor dem Diner mit dem Minister-Präsidenten Grafen Bismarck. Abends wohnte der König der Vorstellung im Opernhause bei.

— Der König Johann und der Kronprinz von Sachsen treffen, wie uns mitgetheilt wird, am Sonntag Abend ½9 Uhr von Dresden hier ein, werden am Montag und Dienstag am Königlichen Hofe zum Besuch verweilen und darauf wieder die Rückreise antreten.

— Se. Durchl. der Herzog von Ratibor ist von Schloß Rauden und der Erb-Jägermeister in der Kurmark Brandenburg, von Jagow, von Rühstedt hier angekommen. — Der Kaiserlich russ. General und General-Adjutant v. Baranoff ist nach St. Petersburg von hier abgereist.

— Der Major im Generalstabe, v. Lucadou, welcher sich im dienstlichen Auftrage nach Italien begeben hatte, ist von dort wieder hierher zurückgekehrt.

— Fürst Metternich, der österreichische Botschafter in Paris, ist am Montag nach Wien abgereist, über den Zweck seiner Reise verlautet noch nichts.

— (Post.) Die offiziellen Beziehungen zwischen Frankreich und Preußen sind allem Anscheine nach noch ungetrübt, aber daß es Strömungen giebt, die sie trüben möchten, und daß diese selbst in Regierungskreisen nicht ohne Einfluß bleiben, zeigt der je mehr und mehr gereizte Ton der französischen Presse, die ohne absichtliches Gewährenlassen eine solche Sprache nicht zu führen pflegt. Je mehr auf preußischer Seite jede Provokation vermieden wird, desto sorgfältiger muß das Gebahren der französischen Stimmen beobachtet werden. Preußen will Frieden mit Frankreich halten, aber es hat Frankreich nicht zu fürchten, und der denkwürdige August dieses Jahres hat bewiesen, daß es den Frieden nicht um den Preis seiner Pflichten gegen Deutschland zu erkaufen entschlossen sei.

— Die Absichten, die den General v. Arentschild mit anderen ehemals hannoverschen Offizieren nach Berlin geführt haben, sind noch nicht bekannt geworden, jedenfalls sind sie aber versöhnlicher Art und aus der endlichen Einsicht entsprungen, daß die Schicksale der hannoverschen Offiziere sich nicht in Wien, sondern in Berlin entscheiden. Nichtsdestoweniger dürfte der General, wie man hört, wenig Hoffnung haben, in den bereits gefaßten Beschlüssen in Betreff der ehemals hannoverschen Offiziere etwas zu ändern.

— Am 10. Dezember, Morgens, verstarb hierselbst der Graf Adolph Carl Emil Finck von Finckenstein, Königl. Oberst-Lieutenant a. D. und erster dienstthuender Kammerherr J. M. der Königin-Wittwe. Der Verewigte war geboren am 24. September 1793, machte die Kriege von 1813 bis 1815 mit, war in späteren Jahren Gouverneur des Herzogs Georg von Mecklenburg-Strelitz, zuletzt seit längerer Zeit dienstthuender Kammerherr bei J. Maj. der Königin Elisabeth. Die Leiche des verewigten Grafen wird nach der Neumark geführt werden; dort findet auch die Trauerfeierlichkeit statt.

— Gestern fand in der Restauration de l'Europe, Unter den Linden 27, ein großes Diner statt, das die Mitglieder der patriotischen Vereinigung und andere Verehrer dem Wirkl. Geh. Rath v. Olfers Exc. zur nachträglichen Feier seines 50jährigen Amts-Jubiläums veranstaltet hatten.

— Der Finanzminister und der Minister des Innern haben unterm 18. v. M. sämmtliche Regierungen benachrichtigt, wie es „kein Bedenken hat", jetzt Aufforderungen zum Spiel in den hannoverschen Landeslotterien und der Frankfurter Stadtlotterie, so wie Angebote dieser Lotterieloose in die Kreis-, Wochen- und Regierungsblätter aufnehmen zu lassen. Die Verordnung vom 5. Juli 1847 über das Spielen in fremden Lotterien „findet gegenwärtig keine Anwendung mehr auf die genannten Lotterien."

— Unter den jüngsten Anmeldungen pekuniärer Forderungen an den ehemaligen deutschen Bund befindet sich auch eine von Seiten der Stadt Frankfurt von etwa einer Million Gulden. Es betrifft dieselbe Vorschüsse und Auslagen, welche die Stadt Frankfurt in den Jahren 1848 und 1849 der deutschen Reichs-Regentschaft gemacht hat. Preußen hat dem Vernehmen nach für die vormals freie Stadt, welche jetzt einen Theil seines Staatsgebietes ausmacht, die Anmeldung dieses Anspruches bei der Bundes-Liquidations-Kommission eingereicht.

— In den Kreisen des Regierungsbezirks Gumbinnen werden als Kandidaten für das norddeutsche Parlament genannt: Die Gutsbesitzer Käswurm-Pusbern, Hentsche-Pogrimmen, Saucken-Tarputschen von der Fortschrittspartei und Saucken-Julienfelde von den Altliberalen.

— Zu den am 15. d. M. beginnenden Konferenzen für das norddeutsche Parlament sind als Bevollmächtigte bereits hier eingetroffen und im Hotel Royal abgestiegen: aus Sondershausen der Staatsminister v. Kayser, aus Schwerin der Staatsminister von Oertzen, aus Oldenburg der Staatsminister v. Rössing, aus Braunschweig der Staatsminister Campe, aus Hamburg der Senator Kirchenpauer.

Berlin, 12. Dezember. (Abgeordnetenhaus.) 42. Sitzung. (Schluß aus dem heutigen Morgenblatte.) Regierungs-Kommissar Moser: Es liegt im Interesse des Hauses, wie auch der Porzellanmanufaktur, das Grundstück der letzteren zu verwenden. Denn die Manufaktur muß ohnehin verlegt werden, weil das Grundstück sich für dieselbe nicht mehr eignet, und deshalb bitte ich Sie, den Plan der Regierung, die Porzellanmanufaktur nach dem Grundstück der ehemaligen Gesundheitsgeschirrmanufaktur zu verlegen und die hierzu erforderten 400,000 Rt. zu genehmigen. — Handelsminister Graf Itzenplitz befürwortet nochmals diesen Antrag und bittet den Beschluß über den Bau des Abgeordnetenhauses noch auszusetzen. — Regierungs-Kommissar Landrath Graf zu Eulenburg erklärt sich gleichfalls für den Antrag. — Abg. v. Hennig bekämpft diesen Antrag, weil er für die Erfolge zu kostspielig werde. Redner wendet sich sodann zu dem Parlamentsbau und hebt hervor, daß es an der Zeit sei, daß der Staat etwas für monumentale Bauten thue, da er in Berlin bis jetzt noch gar keine derartige Bauten ausgeführt habe. Was in dieser Beziehung in neuerer Zeit geschehen, sei durch die Kommune und die Kaufmannschaft ausgeführt worden. Redner empfiehlt die Annahme der Kommissions-Anträge. — Regierungs-Kommissar Geh. Rath Moser widerlegt den Vorredner in Betreff seiner Ansicht von der Kostspieligkeit und den wirthschaftlichen Nachtheilen der Verlegung der Porzellanmanufaktur. — Regierungs-Kommissar Graf Eulenburg replicirt Einiges auf die Aeußerungen des Redners über den Bau des Parlamentshauses. — Abg. Graf Schwerin: Es sind hier zwei von einander zu trennende Punkte: Die Verlegung der Porzellanmanufaktur, und die halte ich für geboten; sodann der Bau des Parlamentsgebäudes, und da dürfte es schwer werden, schon so bald eine definitive Erklärung von der Regierung zu erhalten. Ich bin für die Vorschläge der Kommission und glaube nicht, daß dieser Saal jemals zu einem geeigneten Sitzungssaal umgeschaffen werden wird, trotzdem seine provisorische Umänderung mindestens 25,000 Rt. kosten wird. Ich bin daher dafür, diesen Saal herunterzubrechen und bis zum Herbst mit größeren Kosten einen neuen Sitzungssaal, dann aber an einer geeigneten Stelle ein möglichst monumentales neues Parlamentsgebäude zu bauen. — Abg. v. Unruh erklärt sich gegen ein Interimistikum, wie es Graf Schwerin vorschlägt und will sich lieber noch ein Jahr lang behelfen, wenn er dann Aussicht habe, ein neues Parlamentshaus zu erhalten. — Minister Graf Itzenplitz: Die Staatsregierung ist der Ansicht, daß sie allerdings kein Gewerbe zu betreiben habe, welche Jedermann betreiben könne. Die Porzellanmanufaktur sei aber ein Kunstinstitut und habe auf allen Ausstellungen Ruhm erworben, darum sei es Pflicht des Staates, es auch ferner zu erhalten. — Abg. Duncker: Ich werde nicht für Aufhebung der Porzellanmanufaktur votiren, aber ich werde nicht eine solche Summe für die Verlegung derselben bewilligen. In Betreff des Baues des Parlamentsgebäudes erkläre ich mich gegen die provisorische Herstellung eines solchen. — Regierungs-Kommissar Graf zu Eulenburg berichtigt den Abg. Grafen Schwerin in Betreff seiner Angaben über die Kosten des Baues eines Parlamentsgebäudes. Allein der Saal, der auf dem Grundstück der Porzellanmanufaktur errichtet werden soll, war auf 288,000 Rt., der Anbau insgesammt auf 330,000 Rt. festgesetzt. — Ein Antrag auf Schluß wird abgelehnt. — Abg. Michaelis: Ich halte eine Verlegung der Manufaktur höchstens durch den Bau des Parlamentsgebäudes für geboten und werde daher gegen die Summe stimmen. — Abg. v. Blanckenburg: Daß unser Saal noch nicht so ungesund ist, dafür liefert unser Herr Präsident den sprechendsten Beweis, der trotz seiner Anstrengung noch nicht erkrankt war. Ich räume ein, wir brauchen einen größeren Raum und ich würde mich mit dem Grafen Schwerin einverstanden erklären, wenn die Regierung damit einverstanden ist. Sie votiren hier einen umfangreichen Bau, ohne zu wissen, woher die Mittel genommen werden sollen. Dieser „monumentale" Bau scheint mir gefährlich und ich verwahre mich und meine politischen Freunde dagegen, daß wir die Regierung zu der Ausführung dieses Baues gedrängt haben.

Nachdem sich noch der Abg. Dr. Löwe (Bochum) gegen die Verlegung der Manufaktur ausgesprochen, wird der Antrag der Kommission in Betreff des Baues des Parlaments-Gebäudes angenommen, die Forderung von 100,000 Thlr. abgelehnt. Die übrigen Titel des Etats genehmigt. Es folgt der Etat der Berg-, Hütten- und Salinenverwaltung, welcher durch den Regierungs-Kommissar, Ober-Berghauptmann Krug v. Nidda, eingeleitet wird, leider mit so schwacher Stimme, daß er auf der Journalistentribüne unverständlich bleibt. — Abg. Dr. Hammacher hebt die Bedeutung des Bergbaues, namentlich des Kohlenbaues in Preußen, hervor, dessen Reichthum und Ausdehnung die erste Stelle in Europa einnehme. Es sei Pflicht des Abgeordnetenhauses anzuerkennen, daß die preußische Berg- und Hüttenverwaltung wesentlich zu diesem erfreulichen Resultate beigetragen. Er bitte jedoch um Auskunft, ob die Staatsregierung etwa bindende Verpflichtungen eingegangen sei, welche den Verkauf der Saarbrücker Kohlengruben in Aussicht stelle. Wäre dies der Fall, so wäre es im Interesse des Landes sehr zu beklagen. — Minister Graf Itzenplitz: Ich kann mich sehr kurz fassen: ich theile die Ansichten des Herrn Vorredners. (Heiterkeit.) — Abg. Overweg bittet den Minister die preußische Bergordnung bald in den neuen Landestheilen einzuführen. — Minister Graf Itzenplitz. Die betreffenden Maßregeln sind bereits im Gange. — Abg. Dr. Löwe bemängelt einige Bestimmungen des Berggesetzes, der Regierungs-Kommissar widerlegt diese Ansicht. Nach einer kurzen Bemerkung des Abg. Dr. Glaser hebt Abg. Dr. Virchow nochmals die obschwebenden Befürchtungen in Betreff des Verkaufs der Saarkohlengruben hervor. Die Erklärungen des Ministers von vorhin hätten nicht genügt. Er wünsche eine entschiedenere, bündigere Erklärung. — Abg. Dr. Becker befürwortet im Interesse von Gewerbe und Landwirthschaft die Einführung des Bergunterhandle weder über den Verkauf der Saarkohlengruben noch habe ich gesetzes in den neuen Provinzen. — Minister Graf Itzenplitz: Ich die Absicht, sie zu verkaufen. — Nach einer kurzen Bemerkung eines Abgeordneten aus der Fraktion der Altliberalen in Betreff des Verkaufs der Hüttenwerke in Rybnick hebt Abg. Dr Hammacher die Wichtigkeit der letzten Erklärung des Handelsminister hervor. Dann werden die Titel der Einnahmen ohne nennenswerthe Diskussion erledigt. — Vice-Präsident Stavenhagen übernimmt den Vorsitz. Das Haus geht über zu den fortdauernden Ausgaben. Sämmtliche Positionen der ersten Kapitel werden genehmigt. Bei Kapitel 4 nimmt Abg. Dr. Achenbach Gelegenheit, um auf die früheren Aeußerungen Dr. Löwe's zu erwidern, daß in Nassau man sich einstimmig für Einführung unseres Berggesetzes ausgesprochen habe. In Hannover existire gar kein desfallsiges Gesetz, es sei deshalb erst recht die Einführung des unsrigen geboten. — Abg. Lasker: Ich habe bei der Debatte über den Etat des Justiz-Ministeriums vergessen, dies vortreffliche Gesetz zu erwähnen. Ich glaube aber dadurch dem Hrn. Justiz-Minister kein Unrecht gethan zu haben. Bei Kapitel VI. hält Abg Dr. Glaser die Schlafhäuser für moralisch entsittlichend und materiell schädlich für den Bergarbeiter und wünscht eine Beseitigung der den Anbau von Bergarbeitern auf bewaldeten Grundstücken behindernden, meist noch aus dem 17. Jahrhundert herrührenden Bestimmungen. — Abg. Dr. Virchow fordert den Redner auf, diese Angelegenheit bei der Berathung des Etats für die Domainen und Forsten, wenn der Finanz-Minister gegenwärtig sei, zur Sprache zu bringen. — Die übrigen Positionen dieses Etats werden ohne Diskussion genehmigt.

Es folgt der Etat der Eisenbahn-Verwaltung. Die General-Diskussion wird eröffnet. — Abg. Reichenheim wünscht eine Erklärung des Handelsministers darüber, ob die Regierung beabsichtigt, die in der Deklaration zum Friedensvertrage zwischen Oesterreich und Preußen enthaltene Bestimmung, betreffend die Fortführung der Gebirgsbahn bis Braunau, welche die Interessen der dortigen Bewohner und die allgemeinen preußischen Interessen schädigen würden, zur Ausführung zu bringen. — Handelsminister Gr. Itzenplitz: Ich habe nicht diese Absicht. (Heiterkeit.)

Abg. Lent fragt, ob bald der Bau der Bahn zu erwarten sei, welche die direkte Verbindung zwischen Berlin, Breslau und Wien herstellt, und derjenigen, welche die Grafschaft Glatz durchschneiden solle.

Handelsminister Graf Itzenplitz: Daß mit der österreichischen Regierung im vorigen Sommer nicht viel zu verhandeln war, wird wohl den Herren hier Allen bekannt sein; wie es nach dem Friedensschluß damit steht, werden Sie wohl auch wissen; wir haben indeß die Verhandlungen wieder eröffnet, um jedoch diese Bahnen bauen zu können, müssen Sie erst sehr bedeutende Geldmittel bewilligen.

Abg. Michaelis weist nach, daß die Staatsbahnen pro 1867 keinen Ueberschuß gewähren, wie im Etat steht, sondern mit Defizit arbeiten. — Nach einer Replik des Regierungs-Kommissarius stellt Abg. Hammacher den Antrag auf Vermehrung der Betriebsmittel auf der westfälischen und der Friedrich-Wilhelms-Nordbahn.

Die General-Diskussion wird geschlossen.

Präsident v. Forckenbeck übernimmt den Vorsitz wieder und schlägt dem Hause vor, die Sitzung zu vertagen. Das Haus stimmt bei. Der Präsident beraumt die nächste Sitzung auf Donnerstag 10 Uhr an, gedenkt dieselbe um 3 Uhr zu schließen und Abends 7 Uhr wieder eine Abendsitzung abzuhalten. Freitag und Sonnabend sollen gleichfalls Sitzungen stattfinden, in denen der Präsident mit dem Etat fertig zu werden hofft. Schluß 3 Uhr. Nächste Sitzung Donnerstag um 10 Uhr. Tages-Ordnung: Etat der Eisenbahnverwaltung, Domänen, Forsten, indirekte Steuern und das Salzmonopol.

Köln, 11. Dezember. Nachdem die Stadt Mülheim am Rhein als solche ihre Krieger nicht gefeiert, trat eine Anzahl patriotischer Männer als Comité zusammen und veranstaltete aus freiwilligen Beiträgen ein Kriegerfest, das am verflossenen Sonnabend in gelungener und würdiger Weise gefeiert wurde. Böllerschüsse hatten schon Morgens früh den festlichen Tag angekündigt und Nachmittags bewegte sich ein glänzender Zug, eröffnet von der Kapelle des 33. Infanterie-Regiments, gebildet von den Kriegern, von der Sebastianus-Schützengesellschaft, von den Gesangvereinen, von den ergrauten Veteranen, die in zwei Wagen fuhren, und einem den Zug schließenden zweiten Musikkorps, durch die festlich geschmückten Straßen Mülheims und zog dann vor die Wohnung des Herrn Bürgermeisters Blim, der ein besonderer Förderer des Festes war. Derselbe hielt an die Krieger eine begeisterte Anrede, die ihre Heldenthaten und ihre Verdienste um das Vaterland lebhaft schilderte und an den hellen Kriegsruhm des hohenzollernschen Hauses, so wie an den Antheil des Königs an dem Kriege erinnerte, der persönlich sein Volk geführt und sich und seinem Sohn dem Kugelregen ausgesetzt habe. In das Hoch auf Se. Majestät den König, welches die Anrede schloß, stimmte die Versammlung begeistert ein. Dann ging der Zug wieder durch die Stadt nach dem mit Guirlanden und sinnigen Sprüchen gezierten Sebastianus-Schützenhause. Hier empfing sie der Herr Bürgermeister mit einer warmen Ansprache, worin er namentlich die Bereitwilligkeit hervorhob, womit die Mülheimer dem Rufe des Königs gefolgt, obgleiche manche Familien so schwer getroffen worden seien, daß ihm, dem die Pflicht obgelegen, ihnen die Einberufungs-Ordre zuzustellen, manchmal die Augen naß geworden. Darauf sprach Herr Proff, Oberlehrer an der höheren Stadtschule, einen längeren Prolog, welcher die dem Kriege vorangehenden nationalen Bestrebungen Preußens im Gegensatze zu denen Oesterreichs charakterisirte und in lebhafter Schilderung einen Ueberblick über den einzig in den Annalen der Geschichte dastehenden glorreichen Feldzug gab. Es folgte ein schönes Konzert, abwechselnd ausgeführt von dem Musikkorps des 33. Infant.-Regiments und dem Gesangverein Orpheus, so wie dem Gesangverein des Arbeiter-Bildungs-Vereins; ein Ball schloß das schöne Fest, welches gewiß allen Theilnehmern in freundlichem Andenken bleiben wird.

Augsburg, 10. Dezember. Auf der Rückreise von Nürnberg nach München passirte der König mit hohem Gefolge um halb 6 Uhr unsere Stadt. Der Aufenthalt des Extrazugs, welcher Se. Maj. führte, dauerte nur wenige Minuten.

München, 10. Dezember. Se. Majestät der König hat heute Abend um 7 Uhr seinen Einzug durch die glänzend erleuchteten Straßen der Hauptstadt unter dem Jubel der Bevölkerung gehalten. (Bekanntlich war den Münchenern das Wohlgefallen, das der König an der Stadt Nürnberg gefunden, nachgerade bedenklich geworden; sie fürchteten bereits eine Verlegung der Königlichen Residenz.)

Ausland.

Wien, 10. Dezember. Die Wiener Blätter gehen heute in hohen Wogen. Die „Presse" schreibt dem Kabinette bereits einen Nekrolog, worin es heißt: „Das Sistirungs-Ministerium hat seine Entlassung noch nicht verlangt und dieselbe auch noch nicht erhalten. Die Stimmung in den ministeriellen Kreisen ist aber eine sehr gedrückte, und in jenen Regionen, wo die Ministerien geformt werden, kämpft bereits das instinktive Vorgefühl der hereinbrechenden Katastrophe gegen den bisherigen felsenfesten Glauben an den Wunderdoktor mit sichtlichem Erfolge. Den besten Beweis dafür liefern eben die von dem Monarchen bei der gestern stattgehabten Ueberreichung der niederösterreichischen Adresse gesprochenen wenigen aber inhaltsschweren Worte, welche nach der Mittheilung eines Mitgliedes der Deputation lauten: „Indem ich die Adresse des niederösterreichischen Landtages entgegennehme, behalte ich mir deren nähere Erwägung vor." Wenn man bedenkt, daß diese ein in der unzweideutigsten Weise gegen das derzeit noch im Amte und in voller Thätigkeit befindliche Ministerium Belcredi-Majlath-Beust gerichtetes energisches Tadelsvotum enthält, so gewinnt der Vorbehalt einer näheren Erwägung dieser Gravamina Bedeutung." Ein energisches Tadelsvotum ist in jener Redewendung schwerlich zu erblicken.

Paris, 11. Dezember. (K. Z.) Mit dem Dampfer „La France", der um drei Tage verspätet in St. Nazaire eingetroffen, sind Briefe aus Mexico bis zum Datum des 13. November angelangt. Während eines Zeitraumes von 10 bis 12 Tagen hat Kaiser Maximilian nicht weniger als sechs Mal seine Ansicht geändert. In seiner ersten Zusammenkunft mit Castelnau in Metatuca, auf dem Wege nach Orizaba belegen, erklärte er seine feste Absicht, abzudanken und nach Europa zurückzukehren, indem er sich dabei bitter über die Treulosigeit Napoleon's III. und den Ehrgeiz seiner Gemahlin beklagte, der ihn allein veranlaßt habe, sein ruhi-

ges Mineralogenleben aufzugeben. Kurze Zeit darauf, in Orizaba selbst, erhielt Maximilian Briefe der eben in Vera-Cruz gelandeten Generale Miramon und Marquez, beide der klerikalen Partei angehörig, so wie die Depeschen der Generale Mejia und Lamadrid, welche ihn beschworen, zu bleiben, indem sie ihn der festen Unterstützung der „Schwarzen" versicherten. In Folge dessen anfänglich zum Bleiben entschlossen, meldet der Kaiser bald darauf an Bazaine, daß er abreisen wolle, um sich sofort durch einen zweiten Brief zu dementiren, in dem er seine feste Absicht ankündigte, in Yucatan einen unabhängigen Staat zu begründen. Auch dieser Entschluß hielt nur 48 Stunden an. Es kam bald wieder auf die Abdankungs-Idee zurück, die er aber diesmal feierlich in Mexiko selbst in Scene setzen wollte. So begab er sich denn am 13. November von Orizaba zurück nach der Hauptstadt, und obgleich er schon vor dem 20. dort eingetroffen, melden die neuesten Newyorker Depeschen vom Dezember (aus Mexiko datirt den 21. November) nichts davon, daß er diesmal seine Absicht wirklich ausgeführt.

— In der Hauptstadt des Kaiserreichs Anam, in Hué, ist eine Palast-Revolution erstickt worden, die der Neffe des Kaisers Tuduc gegen Letzteren, der kinderlos ist, angezettelt hatte. Der Empörer wurde enthauptet.

— Admiral Roze, der die Maßnahmen gegen Korea leitet, hat die Befestigungswerke zerstört, welche den Eingang des Flusses versperrten, an dem Hongtong, die Hauptstadt des Landes, gelegen ist. Nachdem dies geschehen, zog er sich nach Schanghai zurück, um weitere Ordres aus Frankreich abzuwarten. Mittlerweile hat der König von Korea jedoch schon Abgesandte nach Schanghai geschickt mit der Versicherung, daß er bereit sei, die verlangte Genugthuung zu geben.

London, 10. Dezember. Die Abreise J. Majestät der Königin und der Königlichen Familie nach der Insel Wight ist, wie man neuerdings hört, auf den 15. d. festgesetzt. Inzwischen besucht die Königin fast täglich das Albertmausoleum bei Frogmore, mit dessen innerer Ausschmückung französische und italienische Künstler fortwährend beschäftigt sind. Nach dem gegenwärtigen Stande der Arbeiten dort zu urtheilen, dürfte es wohl immerhin noch ein Jahr dauern, bis die sterblichen Ueberreste des verewigten Prinzen von ihrem jetzigen Orte weggenommen und in dem granitnen Sarkophage ihre bleibende Ruhestätte finden werden.

Rom, 5. Dezember. Ein Memorandum an die verschiedenen Höfe wird vorbereitet. Es ist dem Vernehmen nach speziell gegen Frankreich gerichtet, legt die Situation klar, zeigt die Gefahren, denen der Papst durch Zurückziehung der französischen Truppen ausgesetzt sei und bringt (so wird wenigstens erzählt) einen Rechtfertigungs-Anhang, der die Korrespondenz zwischen dem Kaiser Napoleon und dem Papste enthalten wird. Aufschlüsse und Enthüllungen aller Art würden (die Veröffentlichung vorausgesetzt) dem Kaiser der Franzosen mancherlei Verlegenheiten bereiten müssen. Alles wird in tiefes Geheimniß gehüllt. Die Veröffentlichung dieser Dokumente bildet, wie man annimmt, den Grund, daß die Reise des Papstes nach Civitavecchia, die gestern stattfinden sollte, vertagt worden ist. Man wird nunmehr erst den Abzug der Franzosen und die Haltung der römischen Bevölkerung abwarten wollen. Erst wenn Unruhen ausbrechen, wird sich der Papst nach seiner Hafenstadt (Civitavecchia) begeben, um von dort aus entweder in das beruhigte Rom zurückzukehren oder sich einzuschiffen. Fremde Kriegsschiffe, wie schon gemeldet, liegen auf der Rhede.

Warschau, 11. Dezember. Der Minister Staatssekretär Milutin befindet sich zwar in der Besserung, jedoch hat Se. Maj. der Kaiser sich bewogen gefunden, einstweilig die Angelegenheiten des Königreichs Polen dem Chef der dritten Abtheilung des Kais. Kabinets, General-Adjutanten Gr. Szuwalow, zu übertragen. Man glaubt darauf einiges Gewicht legen zu dürfen.

Türkei. Gegen den größten Theil der in der türkischen Hauptstadt erscheinenden Journale sind wegen ihrer Berichte über die kandiotischen Angelegenheiten Prozesse anhängig gemacht. Aber der „Levant Herald" hat sich dadurch nicht einschüchtern lassen. Dies englische Blatt hatte einen Artikel über die haarsträubenden Gräuel gebracht, welche die türkisch-egyptischen Truppen gegen kandiotische Familien und Gefangene verübt. Der Redakteur des Journals wurde nun aufgefordert, seine Mittheilung zu widerrufen, und zwar auf Grund des Berichts des britischen Konsuls auf Kanea; aber der Journalist versicherte, daß die Quellen, aus denen er geschöpft, sehr lauter seien, und daß er Grund habe, die Richtigkeit des Konsularberichts zu bezweifeln.

Bukarest, 1. Dezember. (N. A. Ztg.) Die Frage der Anerkennung unseres Fürsten ist gelöst, und nachdem in dieser Weise die Hauptangelegenheit, welche die Sorge der Regierung an die äußere Politik zunächst knüpfte, geregelt worden, zeigt sich Fürst Carl entschlossen, mit allen Kräften an die innere Organisation des Landes zu gehen. Es giebt leider sehr viel zu thun; denn es ist kein leichtes Werk, eine Nation zu regeneriren, die durch eine Aufeinanderfolge von Mißregierungen an ihrer Moralität so bedeutende Einbuße erlitten hat. Aber mit einer unerschütterlichen Energie, die wir unserem Fürsten, dem Sprößling eines Zollernhauses zutrauen, wird es gelingen, alle Hindernisse zu überwinden.

Pommern.

Stettin, 13. Dezember. In einer gestern Abend unter dem Vorsitz des Hrn. Th. Fuchs stattgehabten Versammlung hiesiger Hausbesitzer hielt Hr. Justizrath Dr. Zachariä einen Vortrag über das Abgabenwesen. In der diesem Vortrage vorausgeschickten Einleitung hob Redner hervor, wie es jedenfalls geboten erscheine, daß die Hausbesitzer sich gegen den ihnen von einzelnen Seiten gemachten gänzlich unbegründeten Vorwurf der Verfolgung von Sonder-Interessen verwahrten. So sei unter u. A. gesagt worden, gerade die Hausbesitzer wären es, welche das Institut der städtischen Sparkasse erhalten wissen wollten, damit sie aus derselben auf längere Zeit Hypothekendarlehne ungekündigt erhalten könnten. Diese Behauptung sei aber, wie der Redner ausführlich nachzuweisen versuchte, ebenso unbegründet, wie der den Hausbesitzern gemachte Vorwurf, daß sie gegen das Aufkommen volkswirthschaftlicher Prinzipien ankämpften. Namentlich müsse anerkannt werden, daß die Hausbesitzer auch keinen Grund zur Beschwerde hätten, wenn die Sparkasse ihnen geliehene Hypotheken, weil sie das Geld selbst gebrauche, kündige; ihr stehe unzweifelhaft dasselbe Recht, wie jedem Privatgläubiger zu und der Eigenthümer eines Grundstücks setze sich der Gefahr einer Kündigung auch schon mit dem Augenblicke aus, in dem er das Darlehn aus der Sparkasse annehme. Ein fernerer den Hausbesitzern gemachter Vorwurf, fuhr Redner fort, sei der, daß sie schon im voraus gegen die beabsichtigte Einführung einer neuen Realabgabe agitirten. Er frage indessen, ob es nicht gerechtfertigt erscheine, sich schon jetzt mit dieser Frage zu beschäftigen. Man könne doch nicht ruhig abwarten, bis jene Abgabe erst wirklich eingeführt sei. Besondere Veranlassung, auf diese Angelegenheit spezieller einzugehen, fände er (Redner) nun auch noch 1) in dem Umstande, daß in dem vom Magistrat vorgelegten Kämmereikassen-Etat pro 1867 bereits ein von den Grundbesitzern zu zahlender Aufschlag auf die Gebäudesteuer von 32,512 Thlr. 14 Sgr. 5 Pf. figurire und 2) darin, daß die hiesige „Ostsee-Zeitung" vor einiger Zeit in einem polemisirenden Artikel die Frage in einem den Hausbesitzern entschieden ungünstigen Sinne besprochen habe. Jener Artikel biete nun ausreichende Veranlassung, die Frage näher zu prüfen, ob die Hausbesitzer mit ihrer Agitation gegen die ihnen aufzuerlegende Realsteuer wirklich im Unrecht seien und diese Prüfung wäre auch der eigentliche Zweck seines heutigen Vortrages. Der Redner ging nunmehr auf die einzelnen Aufführungen und Behauptungen des betreffenden Artikels in ziemlich umfassender Weise ein. Wir müssen uns indessen darauf beschränken, aus seinem Vortrage nur die wesentlichsten Punkte mitzutheilen; diese waren folgende: 1) In dem Artikel heiße es zunächst, daß, wenn es sich um eine Kommunalbesteuerung handle, es nicht darauf ankommen könne, welche anderen Steuern von dem zu besteuernden Objekte bereits zu entrichten seien. Redner hob mit Bezug hierauf hervor, daß der Staat von den Grundstücken ja schon durch die Gebäudesteuer die höchst möglichste Abgabe erhebe, eine nochmalige Besteuerung desselben Objekts schon deshalb sowie auch nach einer spezielleren Bestimmung der Städteordnung also keinenfalls gerechtfertigt erscheine. Die Gebäudesteuer werde aber auch speziell für die Stadt als Aequivalent des Seitens derselben früher zu entrichtenden Servises von jährlich 27,408 Rt. 22 Sgr. 6 Pf. zur Staatskasse und zwar in dem bedeutend höheren Betrage von ca. 56,000 Rt. gezahlt. 2) Sei gesagt, der Grundbesitzer werde bei der Einkommen- und städtischen Personalsteuer entschieden nicht in dem Verhältniß wie der Gewerbetreibende belastet. Auch dies, führte Redner näher aus, sei unrichtig und eine Bevorzugung des Hausbesitzers finde entschieden nicht Statt. 3) Würde die Behauptung aufgestellt, die Hausbesitzer wären in neuerer Zeit auch verschiedenartig entlastet, so z. B. dadurch, daß die denselben früher obgelegene Pflicht zur Unterhaltung des städtischen Straßenpflasters als allgemeine Kommunallast übernommen worden. Letzteres, sagte Redner, sei allerdings richtig, aber man könne dies den Hausbesitzern doch nicht als eine besondere Begünstigung in Anrechnung bringen, denn das derzeitige Ministerium Rochow habe in Folge eines zwischen dem Magistrat und den Stadtverordneten entstandenen Streites über die Aufhebung jener Verpflichtung den gewiß gerechtfertigten Grundsatz aufgestellt, daß, da das Straßenpflaster nicht nur den Hausbesitzern, sondern der Gesammtheit der Einwohner zu Gute komme, es auch von der ganzen Kommune erhalten werden müsse. Redner gedenkt bei diesem Punkte ferner der Kommunal-Realsteuer, sowie des sog. städtischen Serviszuschusses, rücksichtlich deren man eine Begünstigung der Hausbesitzer entschieden nicht behaupten könne, eben weil letztere jetzt durch die Gebäudesteuer die Stadtkasse rücksichtlich des früheren Servises nicht nur entlastet, sondern auch viel mehr als früher zu zahlen haben. 4) Es sei, behaupte der mehrerwähnte Artikel, volkswirthschaftlich nur richtig, wenn man fordere, daß ein Jeder nach dem Maßstabe des Vortheils, den er von den kommunalen Einrichtungen habe, auch steuere. Die Richtigkeit dieses Grundsatzes erkannte Redner an, er führte aber aus, daß die Hausbesitzer besondere Vortheile entschieden nicht hätten, namentlich könne er dies bezüglich des Pflasters, der Gaseinrichtung, der Wasserleitung, der Schulen 2c. — welche der Artikel besonders aufzählt — nicht anerkennen. 5) Die Steuer, deren Einführung beabsichtigt werde, sei, bemerke der Artikel ferner, einer Konsumtionssteuer entschieden vorzuziehen. Redner sucht nun besonders darzuthun, wie die Gebäudesteuer ganz unzweifelhaft eine eigentliche Konsumtionssteuer sei, da Wohnung mit zu den nothwendigsten täglichen Lebensbedürfnissen gehöre. Endlich 6) widerlegte Redner die Richtigkeit der aufgestellten Ansicht, daß durch die kommunalen Einrichtungen eine Steigerung des Werthes des Grundbesitzes Platz greife und schloß darauf seinen Vortrag mit dem Bemerken, daß, wenn der Nachweis eines besonderen Vortheils der Hausbesitzer geführt werden könne, dieselben dafür auch gewiß gern zahlen würden; ein allgemeiner Maßstab lasse sich in dieser Beziehung aber entschieden nicht anlegen, höchsteus könne es sich um die spezielle Frage handeln, ob und welche besonderen Vortheile ein einzelner Grundbesitzer durch die kommunalen Einrichtungen habe. An letzteren partizipirten alle Bürger der Stadt und deshalb könnten die Hausbesitzer auch nur bereit seien, in Gemeinschaft mit diesen aufzubringen, was nothwendig ist. Er glaube, nachgewiesen zu haben, daß die Hausbesitzer keinerlei Sonder-Interessen verfolgten, sondern durch ihre Agitation nur ihr Recht zu wahren suchten. — Diesem Vortrage schloß sich noch eine kurze Debatte über die Sparkassen-Angelegenheit an, bei der sich die Herren Wergien, Dr. Zachariä, Th. Fuchs und Piest betheiligten. — Schließlich brachte Herr Fuchs die Nothwendigkeit, auch hier eine Hypothekenbank in's Leben zu rufen, zur Sprache. Herr Wergien berichtete über die dieserhalb bereits früher erfolglos gethanen Schritte und trug einzelne Bestimmungen des Statuts der in Cöslin bestehenden „Pommerschen Hypotheken-Aktienbank" mit erläuternden Zusätzen vor. Diese Angelegenheit soll weiter verfolgt werden.

Stettin, 13. Dezember. Gestern Mittag beauftragte der Steuermann Schröder aus Greifenhagen den Arbeiter Steinke, ein Stück Flanell im Werthe von 30 Thalern zu dem Färbermeister Täge zu bringen. Zum Transport bediente sich letzterer eines Handschlittens; er will denselben nun am Bohlwerke kurze Zeit, während er in ein Schanklokal eintrat, unbeaufsichtigt haben stehen lassen, in Folge dessen der Flanell entwendet worden und ist der weitere Verbleib des gestohlenen Gutes bisher nicht ermittelt.

— Vor einigen Tagen kam ein unbekannter Mensch in die Wohnung des Fischermeisters Rosenfeldt auf der Oberwiek und theilte dem dort anwesenden Dienstmädchen Wilhelmine Kosky mit, daß ihr Dienstherr in's Wasser gefallen und er demzufolge beauftragt sei, für ihn trockene Kleider zu holen. Dem Menschen wurde ein dem R. gehöriger Tuchrock sowie ein Beinkleid verabfolgt, mit welchen Gegenständen er spurlos verschwunden ist und hat sich später ergeben, daß seine Angaben vollständig erlogen waren.

— Heute Vormittag wurde eine Anzahl ohne Forstattest hier eingeführter Tannen (sog. Weihnachtsbäume) polizeilich konfiszirt und demnächst auf dem Hofe des Polizeidirektionsgebäudes meistbietend verkauft.

— In Meiersberg-Schlaberndorf, Synode Pasewalk, ist der Schullehrer Pribbernow fest angestellt.

Vermischtes.

— In einem kürzlich auf der Altona-Kieler Bahn vorgekommenen Falle, in welchem eine Frau, die auf einer Station das Coupé verlassen wollte und von einem Schaffner, als sich der Zug bereits wieder in Bewegung gesetzt hatte, derartig aus dem Wagen gerissen wurde, daß ihre Kleider sich festhakten, sie eine Strecke mit dem Zuge fortgeschleift wurde und eine so schwere Verletzung am linken Fuße erlitt, daß derselbe amputirt werden mußte, hat das Ober-Appellationsgericht in Kiel die Direktion obiger Bahn zu vollem Schadenersatz an die Verletzte verurtheilt.

Worms, 10. Dezember. Vorgestern Abend brach in der Cichorienfabrik der Firma J. B. Jungbluth dahier heftiges Feuer aus. Dasselbe zerstörte die eigentliche Cichorienmühle, woselbst auch der Ausganpspunkt des verheerenden Elements gewesen zu sein scheint, sowie das zunächst belegene Magazin und einen Theil des Maschinenhauses. Der Thätigkeit der Feuerwehr gelang es nach mehrstündiger Arbeit, das Feuer zu löschen und namentlich zu verhüten, daß die benachbarten Fabrikgebäude in Flammen geriethen.

Roubaix, 8. Dezember. Heute Morgen ist die Baumwollspinnerei von Motte, Bossut & Co. abgebrannt, es war die größte Baumwollspinnerei in Frankreich. Der Brand blieb nicht allein auf diese Fabrik beschränkt, sondern vernichtete auch die Spinnereien von Bossut Grimonprez.

Literarisches.

Unser tägliches Brod in Bildern von Ludwig Richter. Dresden. 15 Bilder in groß 4to mit Mappe 1½ Thlr. Die Bilder sind von der Hand des als Holzschneiders allbekannten und beliebten Ludwig Richter. Sie führen uns von der Aussaat durch das Begießen und Wachsen zur Ernte, zur Aehrenlese, dem Dankgebet der Schnitter, zum Erntetanze, zur Tenne, dann zur Mühle, zum Bäcker, dem gedeckten Tische, der Mahlzeit der Kinder, zum Brode des Bettlers und endlich zum Brode, das aus dem Munde Gottes kommt, zum Brode des Lebens. Jeder, der die Bilder des berühmten Meisters kennt, weiß, ohne daß wir es ihm sagen, daß die Bilder Ernst und Kurzweil, Kindeseinfalt und Engelsmilde, inniges Naturleben, Gottesbegeisterung und auf allen Seiten deutsches Gemüth und deutsche Treue, Mutterliebe und Kinderfreude, Erntesegen und Himmelsweihe bringen. Wir wünschen denn auch diesen Blättern eine recht weite Verbreitung und den Beschauern, daß sie an den herrlichen Bildern eine ebensolche Erquickung finden mögen, wie wir sie gefunden haben.

Neueste Nachrichten.

Paris, 12. Dezember, Vormittags. Nach hiesigen Zeitungsversionen lautet die Antwort, welche der Papst auf die Abschiedsworte des Generals Montebello gegeben hat, vollständig: „Meine theuren Kinder! Am Vorabende Eures Fortganges begebe ich mich in Eure Mitte, um Euch Lebewohl zu sagen. Eure Fahne, welche Frankreich verließ, um die Rechte des heiligen Stuhles und die Person des Stellvertreters Christi auf Erden zu schützen, war, als sie nach Rom zog, von den Wünschen des ganzen Volkes begleitet. Ich hege den Wunsch, daß sie bei ihrer Rückkehr von denselben Segnungen des Landes empfangen werden möge, doch bin ich davon nicht so überzeugt, als ich es zu sein wünschte. Von allen Seiten meldet man mir, daß die Gläubigen beängstigt sind, weil die Revolution noch nicht zufriedengestellt sei, ja, daß die Revolution bis nach Rom dringen und das italienische Banner auf dem Kapitol aufpflanzen wolle. Aber es ist bekannt, daß der tarpejische Fels nahe dem Kapitol liegt. Man hat einer hohen Person den Ausspruch in den Mund gelegt, Italien sei geschaffen, das Werk sei aber noch nicht zu Ende. Ich aber sage, mit Italien ist es noch nicht zu Ende, weil es hier noch einen Fleck Landes giebt, auf welchem Gerechtigkeit und Vertrauen herrschen. Vor sechs Jahren fragte mich ein französischer Gesandter, was er dem Kaiser in meinem Namen sagen solle. Als Antwort erzählte ich ihm eine kleine Geschichte, welche ich Euch wiederholen will: Als der heilige Augustin Bischof von Hippo war, wurde die Stadt, die Euch bekannt sein wird, da sie jetzt Frankreich gehört, von einer Armee Barbaren belagert. In Voraussicht des nahenden Unheils und der Barbarei, welche die Eroberung der Stadt zur Folge haben mußte, rief der heilige Bischof aus: Mein Gott, lasse mich vor diesem furchtbaren Unglücke sterben! Der ehrenwerthe Gesandte, dem ich dies erzählte, entgegnete: Seien sie unbesorgt, heiliger Vater, der Schutz Frankreichs wird die Barbaren fern halten. Später erklärte mir ein anderer Geschäftsträger, welcher gegenwärtig eine hohe Stellung einnimmt, Rom sei nicht dazu geschaffen, die Hauptstadt eines großen Staates zu werden, weil ihm alle erforderlichen Eigenschaften dazu abgingen, wohl aber eigne es sich in hohem Grade zum Sitze des katholischen Glaubens. Die Zukunft wird dies zeigen. Ich bin ruhig und ohne Furcht, ich vertraue auf den höchsten Beschützer und auf die Vorsehung. Wenn Sie Ihren Kaiser sehen, den Kaiser der Fronzosen, so sagen Sie ihm, daß ich täglich für ihn bete. Man sagt mir, daß er leidend ist: Ich bete zu Gott, daß er ihm seine Gesundheit wiederschenke. Man sagt mir, daß er sorgenvoll ist: Ich bete zu Gott, daß er ihm den Frieden der Seele lasse. Wisset aber, meine theueren Kinder, daß das Oberhaupt Eurer großen Nation sich den Allerchristlichsten König nennt. Wenn die Gebete, die ich für ihn zum Himmel richte, Erhörung finden sollen, dann ist es auch nothwendig, daß er die seinigen mit den meinigen vereinige."

Telegr. Depesche der Stettiner Zeitung.

Berlin, 13. Dezember. Die preußische Bank hat den Wechsel-Diskont von 4½ auf 4, den Lombard-Zinsfuß von 5 auf 4½ pCt. herabgesetzt.

Schiffsberichte.

Swinemünde, 12. Dezember, Nachmittags. Angekommene Schiffe: 6 Södskende, Köföd von Rönne; Marie Emilie, Häfke von Sunderland; letzteres löscht in Swinemünde. 1 Schiff in Sicht. Wind: NW. Strom ausgehend.

Börsen-Berichte.

Stettin, 13. Dezbr. Witterung: Schneefall. Temperatur + 1 ° R. Wind: SW.

Weizen etwas höher, loco pr. 85pfd. gelber 75—84 nach Qualität bez., 83—85pfd. gelber Dezbr. 82 Rt. bez., Frühjahr 84 Rt. bez. u. Gd.

Roggen schließt fester, pr. 2000 Pfd. loco 52—54 Rt. bez., Dezember 53, 52½ Rt. bez., 52¾ Gd., Dezember-Januar 52⅜ Rt. bez., 52½ Gd., Frühjahr 52 Rt. bez., 52½ Gd.

Gerste loco pr. 70pfd. märker und pommersche 47½, 48½ Rt. bez., 69—70pfd. schles. 47½ Rt. Br., 47 Gd.

Hafer loco pr. 50pfd. 28—29 Rt. bez, 47 - 50pfd. Frühj. 30 Rt. bez.

Erbsen Futter- loco 50—55 Rt. bez., Koch- 59½—60 Rt. bez., Frühjahr Futter- 58 Rt. Br.

Rüböl flau loco 80 Ctr. pomm. 11 11/12 Rt. bez. 12¼ Br., Dezember 11 11/12 Rt. Gd., Dezember-Januar 11⅚ Rt. Br., April-Mai 12⅛ Rt. bez., September-Oktober 12⅓ Rt. Br.

Spiritus wenig verändert, loco ohne Faß 15 5/12 Rt. bez., Dezember u. Dezember-Januar 15⅓ Rt. bez., Frühjahr 16 Rt. bez., 16⅙ Br., 16 1/12 Gd.

Angemeldet: 100 Wspl. Roggen, 10,000 Qrt. Spiritus.

Berlin, 13. Dezember, 2 Uhr — Min. Nachmittags. Staatsschuldscheine 84½ bez. Staats-Anleihe 4½ % 98⅛ bez. Berlin-Stettiner Eisenbahn-Aktien 129 bez. Stargard-Posener Eisenbahn-Aktien 93¾ Br. Oesterr.-National-Anleihe 51½ Br. Pomm. Pfandbriefe 88¾ bez. Oberschlesische Eisenbahn-Aktien 176¼ bez. Wien 2 Mt. 77⅛ bez. London 3 Mt. 6. 21¾ bez. Paris 2 Mt. 80 5/12 bez. Hamburg 2 Mt. 151 bez. Mecklenb. Eisenbahn-Aktien 77⅜ bez. Russ. Prämien-Anleihe 92⅝ bez. Russ. Banknoten 80⅛ bez. Amerikaner 6% 75¾ bez.

Roggen Dezember 56⅜, ¼ bez., Dezember-Januar 55½ bez., ⅜ Gd., Frühjahr 53½ bez., 53⅛ Br. Rüböl loco 12¼ Br., Dezember 12¼, ⅓ bez., Dezember-Januar 12⅛, ⅙ bez., April-Mai 12¼ Br. Spiritus loco 16 bez., Dezember 15⅝, 1 1/24 bez., Dezember-Januar 15¾ Br., ⅔ Gd., April-Mai 16 5/12, ⅜ bez.

Hamburg, 12. Dezember. Getreidemarkt geschäftslos. Termingetreide behauptet. Weizen loco fest, pr. Dezember 5400 Pfd. netto 146 Bankothaler Br., 145½ Gd., pr. Frühjahr 141 Br., 140 Gd. Roggen pr. Dezember 5000 Pfd. Brutto 88 Br., 87 Gd., pr. Frühjahr 88 Br., 87 Gd. Oel flau, geschäftslos, loco 25¾, pr. Mai 27. Kaffee geschäftslos, fest. Zink 1000 Ctr. pr. Frühjahr zu 14 Mk. 6 Sch., 2000 Ctr. zu 14 Mk. 7 Sch. verkauft. — Wetter kalt.